

Antrag

der Abgeordneten Karsten Hilse, Marc Bernhard, Andreas Bleck, Dr. Rainer Kraft, Dr. Heiko Wildberg, Martin Hess, Thomas Seitz, Dr. Dirk Spaniel, Dr. Harald Weyel und der Fraktion der AfD

Bevölkerungsschutz statt Klimaschutz

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

- Es gibt keinen nachgewiesenen Zusammenhang zwischen Extremwetterereignissen und vom Menschen verursachten CO₂-Emissionen.
- Der Schwerpunkt der Debatte wurde zu stark auf den Klimaschutz und zu wenig auf den Katastrophenschutz gelegt, was bei letzterem zu Versäumnissen führte.
- Wirtschaftlicher Wohlstand ist eine wesentliche Voraussetzung für den Schutz der Bevölkerung vor Extremwetterereignissen – ohne materielle Wohlfahrt ist kein Katastrophenschutz denkbar, wie die unterschiedlich industriell entwickelten Länder in der Welt zeigen.
- Kostengünstige sowie nachfragegerechte und zuverlässig bereitgestellte Energie, neben Technik und effizienten Prozessketten, ist folglich eine zwingende Voraussetzung für Sicherheit und Bevölkerungsschutz.
- Die von der Bundesregierung verfolgte „Energiewende“ und „Klimaschutzpolitik“ hat im Gegensatz dazu in den letzten 20 Jahren immense Geldmengen gekostet, Notstandsrisiken erhöht, aber keinen Nutzen erbracht.
- Auch nach 20 Jahren Förderung kann der sogenannte „erneuerbare Strom“ aus Umgebungsenergien nicht wettbewerbsfähig produziert werden – eine „Klimakrise“, welche als Grund stets genannt wird, existiert nicht, da es keinen wissenschaftlichen Beweis für einen maßgeblichen Einfluss auf das Weltklima durch vom Menschen verursachte CO₂-Emissionen gibt.
- Die angeblichen Beeinträchtigungen durch einen vom Menschen verursachten Klimawandel beruhen auf unbelegten, einseitig ausgelegten hypothetischen Annahmen.
- Es besteht keineswegs ein wissenschaftlicher Konsens in der sogenannten Klimadebatte, auch wenn dies in Politik, Medien und einem Teil der Forschung immer behauptet wird. Ein großer Teil der seriösen Forschung sieht den Einfluss des von Menschen verursachten CO₂ auf die Klimaerwärmung bzw. den immerwährenden Klimawandel als nachrangig an.

- Eine Anpassung an den Klimawandel allgemein, welcher von natürlichen Faktoren dominiert wird, ist nicht nur erheblich wirksamer ergo zielführender, sondern auch mit substanziell weniger Aufwand verbunden.
- Technisch gibt es keine Beschränkung für die Verfügbarkeit von kostengünstiger Energie, fossile Brennstoffe werden auch bei steigendem Energieverbrauch noch lange Zeit zur Verfügung stehen, Nuklearbrennstoffe sind nach menschlichen Maßstäben unbegrenzt verfügbar.
- Einschränkungen für die Verfügbarkeit kostengünstiger Energie sind ausschließlich durch menschliches Unverständnis begründet.
- Für einen wirksamen präventiven Katastrophenschutz ist der Zugriff der zuständigen Behörden auf möglichst vollständiges Datenmaterial hinsichtlich der besonders gefährdeten Gebiete in Deutschland durch Hochwasser, Sturmfluten, Flächenfeuer etc. unbedingt erforderlich.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) und dem Deutschen Wetterdienst (DWD) den Auftrag zu erteilen, für die Bundesrepublik Deutschland ein Geoinformationssystem (GIS) für Extremwetterereignisse bzw. Naturkatastrophen (Hochwasser, Sturmfluten, Stürme, Hang-/Erdrutsche, Flächenfeuer, Trockenheit/Dürren etc.) aufzubauen und auf Ebene des Bundes ausreichend Mittel dafür bereitzustellen;
2. in diesem GIS alle Extremwetterereignisse bzw. Naturkatastrophen geodätisch und geografisch genau zu erfassen – bei Hochwasser können Zentimeter entscheidend sein – und, soweit möglich, Extremwetterereignisse bzw. Naturkatastrophen der Vergangenheit aufzuarbeiten und zu berücksichtigen;
3. mit diesem GIS für den Bevölkerungsschutz Risiken (Überschwemmungsgebiete, Sturmzonen etc.) zu identifizieren, die Anpassungsstrategie des Bundes daran auszurichten und für die Infrastruktur- und Raumplanung der Länder Daten zur Verfügung zu stellen;
4. zu diesem GIS ein Auskunftsrecht einzuräumen, damit jeder Bürger sich über die individuellen Risiken seines Hauses bzw. Grundbesitzes informieren kann;
5. sich für die Schaffung der verfassungsrechtlichen Voraussetzungen für eine Neuordnung der Zuständigkeiten des Bundes und der Länder im Falle länderübergreifender oder besonders schwerer Naturkatastrophen einzusetzen, mit dem Ziel, das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) zu einer Behörde mit eigener operativer Kompetenz auszubauen, die bei länderübergreifenden oder besonders schweren Naturkatastrophen die Koordinierung der Katastrophenhilfe an sich ziehen und notwendige Schritte veranlassen kann;
6. in Absprache mit den Ländern verbindliche, regelmäßige Meldepflichten sowie digitale Meldewege zur bundesweiten Erfassung aktuell vorhandener und tatsächlich einsatzfähiger Katastrophenschutzkapazitäten und -kräfte zu vereinbaren, um so eine bundesweit effektive Gesamtressourcenübersicht als länderübergreifendes Echtzeit-Verfügungsmanagement-System zur Bewältigung von Katastrophenlagen zu erhalten;
7. im Rahmen der derzeit geplanten Bundesakademie für Bevölkerungsschutz und Zivile Verteidigung (BABZ) darauf zu achten, dass bundeseinheitliche Schulungen als zentrales Element nicht nur auf zuständiger Expertenebene, sondern insbesondere auch für politisch zuständige Entscheidungs- und Mandatsträger tatsächlich auf allen Ebenen stattfinden und in enger Zusammenarbeit mit den Ländern verpflichtend und nachprüfbar wahrgenommen werden;

8. die Ablenkung der Bevölkerung von den Versäumnissen der Behörden bei der Hochwasserkatastrophe mit der Behauptung, es gäbe einen gesicherten Zusammenhang zwischen Extremwetterereignissen und vom Menschen verursachten CO₂-Emissionen zu unterlassen und zu einer Unterstützung falsifizierbarer und ergebnisoffener Klima- und Wetter-Forschung zurückzukehren;
9. die rein ideologisch motivierte „Klimaschutz“-Politik einzustellen, alle diesbezüglichen Ausgaben und Förderungen zu streichen und stattdessen verstärkt den Fokus auf Maßnahmen zum Bevölkerungsschutz und zur Anpassung an immerwährende regionale Klimaveränderungen zu legen;
10. die parlamentarischen Beratungen darüber zu beginnen, die zur Einrichtung eines Klimawandelfolgenanpassungsfonds führen, der zukünftigen Generationen die finanziellen Mittel geben soll, um evtl. erforderliche Anpassungsmaßnahmen an den natürlichen ohnehin stattfindenden Klimawandel zu bewältigen (Beispiel Deichbau, Renaturierung von Industriebrachen, Bewässerung von Dürregebieten etc.);
11. aus dem Klimawandelfolgenanpassungsfonds Elementarkostenversicherungszuschüsse für Anwohner, die finanziell oder aus sozialen Gründen nicht in der Lage sind, von als gefährdet ausgewiesenen Gebieten umzuziehen, zu finanzieren;
12. sämtliche Maßnahmen zur ideologisch motivierten Bepreisung oder sonst wie erzwungenen Reduktion von CO₂-Emissionen in die Atmosphäre (unter anderem Emissionshandel, „Green Deal“, Brennstoffemissionshandelsgesetz oder Zwangsquoten für den Absatz CO₂-emissionsfrei bereitgestellter Produkte beziehungsweise Dienstleistungen) unter Berücksichtigung der Gewährleistung des Vertrauensschutzes abzuschaffen beziehungsweise zu unterlassen und entsprechende Vereinbarungen aufzukündigen;
13. alle Subventionen für die umweltschädlichen sogenannten erneuerbaren Energien sowie das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) unter Berücksichtigung der Gewährleistung des Vertrauensschutzes für bestehende Anlagen schnellstmöglich vollständig und ersatzlos abzuschaffen;
14. sämtliche Planstellen, die im Rahmen der „Klimaschutzpolitik“ aus Bundesmitteln direkt oder indirekt im In- und Ausland eingerichtet wurden oder in den Bundesländern gefördert wurden (Beispiel Klimamanager), sozialverträglich abzubauen sowie zusammen mit den Bundesländern darauf hinzuwirken, dies auf Landesebene ebenfalls zu tun.

Berlin, den 19. August 2021

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion

Begründung

Politiker der Altparteien nutzen das Klimaargument, um von der eigenen Verantwortung für die Katastrophe abzulenken.¹ Vollkommen veraltete, für viel weniger Bewohner ausgelegte und teilweise marode Abwasseranlagen in Städten und Gemeinden, die in den letzten Jahrzehnten rapide gewachsen sind, können das Abwasser gerade noch so abführen, wobei Reserven für große Wassermengen bei Sturzfluten nicht mehr vorhanden sind. In Hochwasserschutzmaßnahmen wie Dämme, Polder und Flutrinnen kann ebenfalls kaum noch investiert werden, auch wegen sinnloser Klimaschutzmaßnahmen.

Mit Geoinformationssystemen können räumliche Daten erfasst, mit zusätzlichen Informationen kombiniert und im räumlichen Zusammenhang analysiert werden. Der Aufbau eines Geoinformationssystems für Extremwetterereignisse bzw. Naturkatastrophen beim Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) und/oder dem Deutschen Wetterdienst (DWD) würde die Möglichkeit eröffnen, Risiken im Vorhinein zu analysieren, z. B. mit hydrologischen Simulationen, in denen man den Wasserabfluss aus einer Region oder einem geografischem Gebiet überprüft und identifiziert bei welchen Niederschlagsmengen sich welche Überschwemmungen aufstauen und dies mit historischen Pegelständen vergleicht. Solche Analysen könnten wertvolle Hinweise für die Warnung der Bevölkerung vor Naturkatastrophen bieten und Menschenleben retten, indem Evakuierungsmaßnahmen rechtzeitig eingeleitet werden können. Der Bund könnte anhand solcher Analysen seine Anpassungsstrategie an den ohnehin stattfindenden natürlichen Klimawandel ausrichten, die Länder könnten wertvolle Daten für die Infrastruktur- und Raumplanung erhalten, die Bürger könnten ihre individuellen Risiken durch Extremwetterereignisse bzw. Naturkatastrophen besser einschätzen.

Statt in den aus wissenschaftlichen Gründen zum Scheitern verurteilten „Schutz des Klimas“ Hunderte Milliarden Euro zu investieren, fordert die AfD-Bundestagsfraktion bereits seit 2018 die Einrichtung eines sogenannten Klimawandelfolgenanpassungsfonds. Aus diesem könnten nicht nur eventuell erforderliche Anpassungsmaßnahmen, wie die Renaturierung von Industriebrachen, Bewässerung von Dürregebieten, sondern eben auch Hochwasserschutzmaßnahmen wie Deichbau, Polder und Flutrinnen finanziert werden. Stattdessen werden die Mittel aus dem Klimafonds zum größten Teil missbräuchlich für die Befriedigung von Lobbyinteressen vor allem der Wind- und Solarindustrie verschleudert.

Pünktlich, wenige Wochen vor der Bundestagswahl wird am 09.08.2021 der 6. Sachstandsbericht des Weltklimarats (IPCC) vorgestellt: Ein eindeutiges Indiz dafür, wie viel Einfluss die Bundesregierung auf den selbsternannten Weltklimarat hat. Eine der Leitautoren, Astrid Kiendler-Scharr gibt in ihrem Interview mit Spektrum.de unumwunden zu, dass die Politik den Bericht beauftragt habe und man gemeinsam an der Zusammenfassung arbeite². Vor wenigen Wochen veröffentlichte das Bundesverfassungsgericht sein Urteil, von dem nicht wenige Verfassungsrechtler sagen, dass auch dies eine Auftragsarbeit war, dass zumindest bei der Begründung die Regierung den Schreibstift des Vorsitzenden Harbath, der neun Jahre CDU-Bundestagsabgeordneter und sich stets mit Bundeskanzlerin Merkel abstimmte, oder der Berichterstatterin Britz, deren Ehemann langjähriger Politiker von BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN und Klimaaktivist ist, führte.^{3, 4, 5, 6, 7}

Nun also erscheint nach mehreren Jahren der 6. IPCC-Bericht und dessen Zusammenfassung, oft nicht inhaltlich deckungsgleich mit ebendiesem Bericht, wird sich nicht anders lesen als die Arbeitspapiere, die im deutschen Bundesumweltministerium verschickt werden. Er wird durch die Bundesregierung und die Leitmedien genutzt werden, um die Menschen in Angst und Panik vor dem drohenden Weltuntergang zu versetzen und sie gesellschaftlichen Umwälzungen gefügig zu machen. Im 3. IPCC-Bericht war zumindest in der Gesamtausgabe auf Seite 774 noch zu lesen: „Bei der Erforschung und Modellierung des Klimas sollten wir erkennen, dass wir es mit einem gekoppelten, nichtlinearen, chaotischen System zu tun haben und dass daher langfristige Voraussagen über das künftige Klima nicht möglich sind.“ In der Zusammenfassung erschien dieser Satz nicht mehr. Seitdem

¹ www.welt.de/wissenschaft/article232515327/Unwetter-Der-unappetitliche-Klima-Bluff.html

² www.spektrum.de/news/ipcc-bericht-jedes-zehntel-grad-bringt-zusaetzliche-extreme-mit-sich/1907992

³ www.tichyseinblick.de/gastbeitrag/bergerhoff-britz-klimaurteil/

⁴ www.tichyseinblick.de/video/interview/fritz-vahrenholt-klimaschutzurteil-bundesverfassungsgericht/

⁵ www.welt.de/debatte/kommentare/plus232427603/Merkel-und-ihre-Richter-Wie-war-das-noch-mal-mit-Unabhaengigkeit-der-Justiz.html

⁶ <https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2021/269573/>

⁷ <https://reitschuster.de/post/merkel-und-die-verfassungsrichter-eine-verhaengnisvolle-affaere/comment-page-5/?fbclid=IwAR0awq9dHPoo-WEGu5QdrK-eP3fLismPOHQW339NV3AtsDydq0YAQuA6CFZI>

werden kritische Wissenschaftler kaum noch an der Erstellung des Berichtes beteiligt.

So wie alle Berichte vorher, wird auch dieser keinerlei Einfluss auf die „Entwicklungsländer“, wie beispielsweise China und Indien, die immerhin für 60 Prozent der Gesamtemissionen verantwortlich sind, und deren Wirtschaftspolitik haben. Sie werden, so wie übrigens alle anderen Unterzeichner auch, durch das Pariser Übereinkommen zu nichts verpflichtet. Die Eigenverpflichtungen der EU und des Musterschülers Deutschland sind selbst gewählt. China steigert seine CO₂-Emissionen jährlich in dem Maße, wie Deutschland im Jahr insgesamt ausstößt. Die größte Schwäche des Pariser Übereinkommens ist nach wie vor, dass kein Temperatureingangswert genannt wird, von dem aus die Temperatur nicht um 1,5 Grad Celsius steigen soll. Damit ist eine Überprüfbarkeit aller Maßnahmen auf Wirksamkeit ausgeschlossen. Auch der 6. IPCC-Bericht wird diesen Fehler nicht beheben.

Professor Dr. Fritz Vahrenholt hat sich in mehreren Artikeln zum neuesten IPCC-Bericht geäußert^{8, 9}, sein Fazit: „Der neue Klimabericht behauptet Zusammenhänge zwischen Extremwetterlagen und Klimaentwicklung. Um die Dramatik zu erhöhen, wird das Extrem-Szenario ausgewalzt. Was untergeht dabei: Der Klimabericht bestätigt im Kleingedruckten ausdrücklich die Fähigkeit der Erde, zunehmenden CO₂-Ausstoß aus der Luft wieder aufzunehmen.“ Im Einzelnen schreibt er zum 6. Sachstandsbericht des IPCC:

- „Erstmals bringt der IPCC Extremwetterereignisse mit dem menschengemachten Klimawandel in Zusammenhang. Im letzten Sonderbericht zum Extremwetter aus dem Jahre 2012 hieß es noch, dass es keine gesicherten Trendinformationen gibt, die eine anthropogene Beeinflussung annehmen lassen. Jetzt heißt es, dass es Hinweise auf einen menschlichen Einfluss gibt auf beobachtete Veränderungen bei Extremen wie Hitzeperioden, Starkniederschlägen, Dürren und tropischen Wirbelstürmen. Hierdurch wird es jetzt möglich, jedes extreme Wetterereignis in einen Zusammenhang mit CO₂-Emissionen zu bringen. Das ist viel wirkungsvoller, um politischen Druck zu erzeugen als durch die doch relativ wenig Angst erregende Temperaturentwicklung.“
- „Überraschenderweise hat der IPCC die mittelalterliche Wärmeperiode von 900 bis 1200 aus dem Klimabericht und somit aus dem Klimagedächtnis der Menschheit gestrichen. Die erste Grafik des Berichts, SPM.1, gibt den Temperaturverlauf der letzten 2000 Jahre wieder. Vom Jahre 1 an zeigt die Kurve einen ständig leicht abfallenden Trend bis 1850, um dann die Temperatur bis heute stark ansteigen zu lassen. Ein neuer Hockey-stick ist erschaffen. So kann der Weltklimarat behaupten, dass es seit 125 000 Jahren noch nie so warm war wie heute. Zahlreiche wissenschaftliche Publikationen (an fünf war ich selbst beteiligt) dokumentieren zwar, dass die mittelalterliche Wärmeperiode etwa so warm war wie heute (wie es auch noch der 5. Klimazustandsbericht beschrieb). Aber nun wird auch noch das Atlantikum vor 6500 bis 8500 Jahren kaltgeschrieben. Das war die Zeit, in der sich Nilpferde in der Sahara tummelten und wenig später Ötzi über die Ötztaler Alpen wanderte. Dutzende von Veröffentlichungen hatten belegt, dass die Temperaturen damals 3 Grad höher waren als heute. Alles nicht mehr wahr (siehe „Unerwünschte Wahrheiten“, S. 34 bis S. 54). Im letzten IPCC-Bericht von 2013 hieß es noch „Im kontinentalen Maßstab zeigen Temperaturrekonstruktionen der mittelalterlichen Klima-Anomalie (Jahre 950 bis 1250) mit hohem Vertrauen Intervalle von Jahrzehnten, die in einigen Regionen so warm waren wie im späten 20. Jahrhundert.“
- „Der IPCC geht auch auf die natürlichen Senken für die CO₂-Emissionen ein, ein Thema, was ja seit der Glanzleistung des deutschen Bundesverfassungsgerichtes allgemein bekannt geworden ist. Wie wir in unserem Buch über das Verfassungsgerichtsurteil ‚Unanfechtbar?‘ beschrieben haben, ist der Satz des Gerichtes falsch: ‚Nur kleine Teile der anthropogenen Emissionen werden von den Meeren und der terrestrischen Biosphäre aufgenommen ... Der große Rest anthropogener Emissionen verbleibt aber langfristig in der Atmosphäre‘. In den zum Bericht veröffentlichten FAQs (Frequently asked Questions) bestätigt der IPCC unsere Kritik am Verfassungsgericht. Unter Ziffer 5.1 heißt es: ‚Beobachtungen ... zeigen, dass die Atmosphäre nur etwa die Hälfte des CO₂ aufgenommen hat, dass durch die Verbrennung fossiler Brennstoffe und Landnutzungsänderungen wie die Abholzung von Wäldern ausgestoßen wurde. Natürliche Prozesse des Kohlenstoffkreislaufs an Land und in den Ozeanen haben den Rest dieser Emissionen aufgenommen. Dieser Abbau an Land und in den Ozeanen, oder ‚Senken‘, ist weitgehend proportional zum Anstieg der CO₂-Emissionen gewachsen und hat im Zeitraum 2010-2019 31 % (Land) bzw. 23 % (Ozeane) der Emissionen aufgenommen. Wir haben das in ‚Unanfechtbar?‘ umgerechnet auf ‚parts per million‘: 4,7 ppm werden ausgestoßen, 55 %, das sind 2,6 ppm werden durch die Natur aufgenommen.“

⁸ www.tichyseinblick.de/kolumnen/klima-durchblick/klima-horror-modelle-mit-extremszenarien/

⁹ www.wattenrat.de/2021/08/09/prof-dr-fritz-vahrenholt-zum-ipcc-klimabericht-2021/

- „Die Sonne spielt bei der Erwärmung im neuen IPCC- Bericht keine Rolle. Sie wird im Bericht in der Grafik SPM.2 mit Null angegeben. Daher füge ich etwas aus der realen Welt der Messungen bei, an die man sich als Naturwissenschaftler eher orientieren sollte: Die Sonnenscheindauer in Europa und die Wolkenbedeckung in Europa, gemessen durch Satelliten im Rahmen des Copernicus-Programms. Die Autoren schreiben, dass signifikanter überdurchschnittlicher Sonnenschein von Januar bis Mai den Anstieg der jährlichen Sonnenscheinstunden seit 40 Jahren ansteigen lässt. 200 Sonnenscheinstunden mehr im Jahr, pro Tag mehr als eine halbe Stunde – das ist doch eine Nachricht wert. Eine ähnliche Tendenz gibt es seit 2000 weltweit. Diese spannende Entwicklung der letzten 40 Jahre, die in der wissenschaftlichen Literatur als ‚cloud thinning‘ (Wolkenausdünnung) beschrieben wird, hat die Klimaentwicklung der letzten Jahrzehnte in viel größerem Masse beeinflusst, als man bislang glaubte. In der summary for policymakers kommt dieser Effekt nicht vor. Die noch nicht zu beantwortende Frage ist, ob der Anstieg der Sonnenscheinstunden ein natürlicher Vorgang ist, oder ob er mit dem Rückgang der Schwefel- und Staubaerosole seit den 90er Jahren des letzten Jahrhunderts zusammenhängt oder ob das durch eine CO₂-Rückkopplung auf die Wolken bewirkt worden ist. Wir wissen es noch nicht, aber in einigen Jahren wird sich das sicher herausstellen.“

Tatsächlich wohnt Prognosen der klimatischen Entwicklung, die über einen Zeitraum von mehr als zehn Jahren hinausgreifen, nach wie vor keinerlei Vorhersagekraft mehr inne. Die Klimaforschung behilft sich daher mit Szenarien, die zwar plausibel und in sich widerspruchsfrei sind, denen aber aufgrund ihrer Konstruktion keine Eintrittswahrscheinlichkeiten zugeordnet werden können. Allein der unvermeidbare statistische Fehler bei der Bestimmung des Langwellenstrahlungseffekts der Wolkenbildung in Standard-Klimamodellen ist über hundertmal größer¹⁰ als der Effekt, der nach diesen Modellen vom CO₂ verursacht sein soll. Im Gegenteil - das Klima kann und muss nicht vor hohen CO₂-Gehalten in der Atmosphäre geschützt werden, wie erdgeschichtliche Daten zeigen.¹¹

Auch der vielzitierte wissenschaftliche Konsens über den Klimawandel gilt nur insofern, als eine Mehrheit der Klimawissenschaftler der Meinung ist, dass der Klimawandel real und zumindest teilweise vom Menschen verursacht sei.¹² Über das Tempo des Klimawandels gibt es nach wie vor eine Kontroverse¹³, ebenso über die Aussagekraft von Klimamodellen^{14, 15}, über die Höhe des menschlichen Anteils am Klimawandel¹⁶, über die direkten und indirekten Einflüsse der Sonne und der Wolkenbildung¹⁷, über den Wärmeaustausch zwischen Atmosphäre und Ozeanen¹⁸ und über die CO₂-Bindekraft von Pflanzen.¹⁹ Auch Art und Ausmaß der Auswirkungen des überwiegend natürlich bedingten Klimawandels auf unseren Planeten oder konkrete Wege zu seiner Bewältigung sind von einem weltweiten Konsens unter allen Experten nicht umfasst.²⁰

Das IPCC kam 2014 zu der Schlussfolgerung²¹, dass mit einer weiteren Erwärmung eine globale Zunahme von Hitzewellen und mit regionalen Unterschieden auch ein häufigeres Auftreten extremer Niederschläge wahrscheinlich seien, jedoch keine solche Aussage in Bezug auf Orkane, Tornados, Überflutungen und Dürren getroffen werden könne. Indes verursachen ausgerechnet Hitze und starke Niederschläge als Extremwetterereignisse die verhältnismäßig geringsten Schäden. Zudem nehmen klimainduzierte Todesfälle seit Jahrzehnten dramatisch ab. Die Anzahl der Toten durch Stürme, Dürren, Überflutungen, Erdbeben, Lauffeuer und extreme Temperaturen ist in den letzten 90 Jahren um 95 Prozent zurückgegangen.²² Und dass, obwohl sich im gleichen Zeitraum die

¹⁰ www.frontiersin.org/articles/10.3389/feart.2019.00223/full

¹¹ www.eike-klima-energie.eu/2017/07/08/beweise-fuer-die-unwirksamkeit-von-co2-bei-der-klima-entwicklung/

¹² <https://kaltesonne.de/das-siebenundneunzig-prozent-problem-welcher-konsens/>

¹³ <https://kaltesonne.de/neue-studie-der-universitat-erlangen-nurnberg-entzaubert-klimawandel-mythos-erderwarmung-schritt-in-der-vergangenheit-genauso-schnell-voran-wie-heute/>

¹⁴ www.eike-klima-energie.eu/2019/10/01/gespenstische-klimamodelle/

¹⁵ www.frontiersin.org/articles/10.3389/feart.2019.00223/full

¹⁶ www.eike-klima-energie.eu/2019/07/12/menschliche-co2-emissionen-haben-kaum-auswirkungen-auf-den-atmosphaerischen-co2-gehalt/

¹⁷ <https://kaltesonne.de/durchbruch-in-der-klimaforschung-so-lasst-die-sonne-die-wolken-tanzen>

¹⁸ <https://kaltesonne.de/suche-nach-der-angeblich-im-tiefen-ozean-versunkenen-warme-endet-mit-fehlschlag-tiefe-meeresschichten-kuhlten-sich-in-den-letzten-20-jahren-ab/>

¹⁹ <https://kaltesonne.de/die-sonne-im-juli-2019-die-erde-wird-gruener-die-ausbleibende-katastrophe/>

²⁰ <https://kaltesonne.de/absolute-globale-mitteltemperatur-viel-wind-um-nichts/>

²¹ www.novo-argumente.com/rezension/gibt_es_mehr_unwetter

²² <https://ourworldindata.org/ofdacred-international-disaster-data/>

Weltbevölkerung mehr als verdreifacht hat. Ursache des Rückgangs der Opferzahlen sind technologischer Fortschritt und steigender Wohlstand. Menschen sind immer besser in der Lage, Extremwetter vorherzusehen, sich vorzubereiten, die Versorgung sicherzustellen, geeignete Notfallmaßnahmen durchzuführen und sich somit auch physisch rechtzeitig vor klimatischen Gefahren zu schützen.^{23, 24} Der Klimawandel ist in dieser Hinsicht bislang jedenfalls nach Ansicht der Antragssteller kein relevantes Problem für die Menschheit.²⁵

²³ www.eike-klima-energie.eu/2017/09/13/naturkatastrophen-noch-nicht-erlebt/

²⁴ www.eike-klima-energie.eu/2016/01/13/munich-re-presseinfo-natur-fordert-mehr-opfer-naturkatastrophen-wie-erdbeben-ueberschwemmungen-und-hitzewellen-haben-2015-deutlich-mehr-menschenleben-gekostet-als-im-vorjahr/

²⁵ <https://kaltesonne.de/fritz-vahrenholt-wir-haben-aber-keinen-klimanotstand/>

